

**Resolution zur Rüstungsexporten
Delegiertenversammlung/ Funktionärskonferenz
IG Metall Reutlingen-Tübingen**



Reutlingen-
Tübingen

Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung und stellt sich gegen Rüstungsexporte

Deutschland ist nach den USA und Russland der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Bei Panzerlieferungen nimmt Deutschland den zweiten Platz ein, bei U-Booten den ersten. Besonders folgenreich ist der Export von Kleinwaffen, durch die weltweit die meisten Menschen ums Leben kommen, vor allem bei nicht staatlich geführten Konflikten (Bürgerkriegen).

2013 hat Deutschland für 6,7 Mrd. Euro Waffen exportiert. Gemessen am Gesamtexportvolumen der Bundesrepublik in Höhe von 1,1 Billionen Euro ist das relativ wenig, es entspricht ca. 0,6% der gesamten deutschen Exporte. Auch ist die Anzahl der Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie mit 80 – 100.000 vergleichsweise gering. Für uns ist klar: Rüstungsproduktion ist kein „normaler“ Industriezweig. Hier werden mit Produkten, die zur Tötung von Menschen bestimmt sind, hohe Profite erwirtschaftet.

62% der Exporte gingen 2013 an sogenannte Drittstaaten, also Staaten außerhalb von EU und NATO, denen gegenüber keine Bündnisverpflichtungen bestehen. Darunter sind auch Staaten, die z.T. schwerwiegend gegen Grund- und Menschenrechte verstoßen, wie z.B. Saudi-Arabien. Waffenexporte dürfen nicht vor Menschenrechten gehen.

Die IG Metall Reutlingen-Tübingen fordert:

Gesetzliche Einschränkung und scharfe Kontrolle von Rüstungsexporten

Die Möglichkeiten zum Export von Kriegsmaterial muss gesetzlich deutlich eingeschränkt werden. Rüstungsexporte müssen auf Staaten, gegenüber denen hierzu unausweichliche bündnispolitische Verpflichtungen bestehen (EU/NATO) begrenzt werden. Insbesondere müssen alle Rüstungsexporte in Krisenregionen und in Länder, in denen Menschenrechte missachtet werden, umgehend eingestellt werden. Der Export von Kleinwaffen muss komplett eingestellt werden. Die Finanzierung von Rüstungsexporten mit Steuergeldern muss beendet werden.

Rüstungskonversion ja...

Der drohende Verlust von Arbeitsplätzen in der Rüstungsindustrie ist durch Wandlung in Arbeitsplätze zur Herstellung ziviler, gesellschaftlich notwendiger Produkte zu kompensieren. Die Konversionsdebatte muss in den Rüstungsbetrieben nachhaltig geführt werden. Hier übernimmt die IG Metall eine aktive und steuernde Rolle.

... aber nicht auf dem Rücken der Beschäftigten

Die Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind in der Regel hoch qualifiziert. Sie sind sehr gut in der Lage, hochwertige zivile Güter zu produzieren. Für eine ohne Zweifel sehr schwierige Übergangsphase muss staatliche Unterstützung bereitgestellt werden.

„Die IG Metall ist Teil der Friedensbewegung“ – diesen Satz unseres Bezirksleiters Roman Zitzelsberger im Interview in der Kontext-Wochenzeitung vom 27. August 2014 unterstützen wir nachdrücklich. Ebenso unterstützen wir die Initiative zur Konversion für die wehr- und sicherheitstechnische Industrie, wie sie im Positionspapier der IG Metall „Entwicklungen der wehr- und sicherheitstechnischen Industrie in Deutschland“ vorgeschlagen wird.

Rommelsbach, den 05.11.2014